

Grußwort von Herrn Staatsminister Tarek Al-Wazir zur 200. Montagsdemonstration am 30. Januar 2017 in Frankfurt Main:

Sehr geehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer,

„Das wird sich spätestens in ein paar Monaten totlaufen“ – das war die verbreitete Einschätzung, als vor fünf Jahren erstmals im Terminal 1 gegen Fluglärm protestiert wurde. Heute treffen Sie sich hier zum zweihundertsten Mal, um die Politik, die Medien, die Luftverkehrswirtschaft und die Flugsicherung daran zu erinnern, dass Fluglärmbelastung die Lebensqualität vieler Bewohnerinnen und Bewohner der Rhein-Main-Region schmälert. Dazu gratuliere ich Ihnen ganz herzlich.

Das sage ich, obwohl ich inzwischen selbst zu denen gehöre, gegen die sich Ihr Protest richtet. Schließlich habe ich den Flughafenausbau immer bekämpft – und dann nach dem erfolgten Ausbau die politische Verantwortung ausgerechnet für den Luftverkehr übernommen. Vielen von Ihnen fällt es schwer, das zu verstehen. Das kann ich nachvollziehen.

Ich kann Ihnen aber auch versichern, dass diese Landesregierung den Fluglärmschutz engagierter verfolgt als jede vor ihr, und genau das ist der Grund, warum ich Verantwortung für diesen Bereich übernommen habe. Wir haben Lärmpausen etabliert, die in den hochbelasteten Gebieten östlich des Flughafens die Nachtruhe um eine Stunde verlängern. Und wir werden eine Lärmobergrenze einführen, die die weitere Zunahme des Fluglärms eng begrenzt. Hinzu kommen viele Detailverbesserungen, mit denen wir Schritt für Schritt daran arbeiten, die Fluglärmbelastung zu begrenzen und zu reduzieren.

Ich verstehe, dass viele von Ihnen sich aus ihrer persönlichen Betroffenheit heraus mehr versprochen haben. Aber eine Landesregierung kann immer nur auf der Grundlage geltenden Rechts handeln – auch, wenn dieses Recht nicht immer befriedigend ist.

Deshalb bitte ich Sie: Setzen Sie Ihr Engagement fort. Aber formulieren Sie Ihre Anliegen auch an die Verantwortlichen im Bund und in der EU. Schreiben Sie den Wahlkreisabgeordneten, den Fraktionen im Bundestag und im EU-Parlament, die verantwortlichen Bundesministerinnen und –Minister. Denn maßgebliche Rahmenbedingungen für den Flugbetrieb und den Lärmschutz am Flughafen Frankfurt regeln die EU und vor allem der Bund.

Von Berlin und Brüssel aus aber ist Frankfurt weit weg. Die Hessische Landesregierung nutzt alle ihre Möglichkeiten im Bundesrat und in den Bund-Länder-Arbeitsgruppen, um den gesetzlichen Rahmen zu verbessern: Lärmschutz muss einen höheren Stellenwert bekommen. Aber dafür brauchen wir auch die Unterstützung der Lärmbetroffenen. Ihre Unterstützung.

Denn wir haben – auch wenn wir in den konkreten Forderungen nicht immer übereinstimmen – dasselbe Ziel. Verkehrslärm beeinträchtigt die Lebensqualität und schädigt die Gesundheit vieler Bürgerinnen und Bürger überall in Deutschland. Dies muss endlich umfassend berücksichtigt werden. Dafür werde ich mich weiter persönlich einsetzen.

Ihr

Tarek Al-Wazir

Hessischer Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung